

## **Antrag**

**der Fraktion GRÜNE**

**und**

## **Stellungnahme**

**des Ministeriums für Wissenschaft,  
Forschung und Kunst**

### **Ergebnisse der Forschung zur NS-Vergangenheit der badischen und württembergischen Landesministerien**

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,  
die Landesregierung zu ersuchen  
zu berichten,

1. was die zentrale Aufgabe und Fragestellung des Forschungsprojekts der Baden-Württemberg Stiftung (BW-Stiftung) zur Aufarbeitung der NS-Vergangenheit der badischen und württembergischen Landesministerien war;
2. ob es ihres Wissens zuvor bereits vergleichbare Forschungen in Deutschland gegeben hat;
3. wer das Projekt zur Beforschung der NS-Vergangenheit der badischen und württembergischen Landesministerien bearbeitet hat;
4. ob dabei Forschungsmethoden aus dem Bereich der „public history“ zum Einsatz kamen, und wenn ja, in welcher Weise diese zum Erfolg des Projekts beigetragen haben;
5. wie weit nach ihrem Kenntnisstand französische Quellenbestände in die Forschung eingeflossen sind;
6. was die zentralen Ergebnisse des Forschungsprojekts sind;
7. ob eine mögliche Kontinuität von Handlungsprinzipien und Selbstverständnissen der badischen bzw. württembergischen Ministerien aus der Zeit des Nationalsozialismus in das heutige Baden-Württemberg hinein Thema des Forschungsprojekts war;
8. in welcher Form die Ergebnisse des Forschungsprojekts der allgemeinen bzw. der wissenschaftlichen Öffentlichkeit – auch über die Projektwebsite hinaus – zugänglich gemacht werden;

Eingegangen: 31.05.2017/Ausgegeben: 19.07.2017

*Drucksachen und Plenarprotokolle sind im Internet  
abrufbar unter: [www.landtag-bw.de/Dokumente](http://www.landtag-bw.de/Dokumente)*

*Der Landtag druckt auf Recyclingpapier, ausgezeichnet mit dem Umweltzeichen „Der Blaue Engel“.*

9. ob eine Fortführung der Forschungen geplant ist;
10. ob sie aus dem Projekt Schlüsse zieht, die für die Organisation und Arbeitsweise der Landesministerien sowie für die Ausbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesministerien heute relevant sind;
11. welche Bedeutung der politischen Bildungsarbeit und der Gedenkstättenarbeit vor dem Hintergrund der Projektergebnisse zukommt.

31. 05. 2017

Andreas Schwarz, Salomon  
und Fraktion

#### Begründung

Die BW-Stiftung hat 2014 ein über drei Jahre laufendes Forschungsprojekt zur Aufarbeitung der NS-Vergangenheit der badischen und württembergischen Landesministerien finanziert, das unter Leitung von Prof. Dr. Wolfram Pyta (Universität Stuttgart) und Prof. Dr. Edgar Wolfrum (Universität Heidelberg) bearbeitet wurde. Mit diesem Antrag wollen die Antragsteller zentrale Ergebnisse des Projekts der parlamentarischen Debatte zugänglich machen.

#### Stellungnahme\*)

Mit Schreiben vom 12. Juli 2017 Nr. 31-0144.1/34/1 nimmt das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst zu dem Antrag wie folgt Stellung:

*Der Landtag wolle beschließen,  
die Landesregierung zu ersuchen  
zu berichten,*

1. *was die zentrale Aufgabe und Fragestellung des Forschungsprojekts der Baden-Württemberg Stiftung (BW-Stiftung) zur Aufarbeitung der NS-Vergangenheit der badischen und württembergischen Landesministerien war;*

Zentrale Aufgabe des Projekts war die Grundlagenforschung zu Personalbestand und Funktionsweise der badischen und württembergischen Landesministerialbürokratie sowie ihre Bedeutung innerhalb des Herrschafts- und Verwaltungsapparats der nationalsozialistischen Diktatur.

2. *ob es ihres Wissens zuvor bereits vergleichbare Forschungen in Deutschland gegeben hat;*

Das Projekt steht in Zusammenhang mit den behördengeschichtlichen Forschungen, die seit 2010 Kontinuitäten und Brüche in der Geschichte der obersten Reichs- und Bundesbehörden untersuchen. Alle großen Ministerien und Bundesbehörden haben hierzu Studien in Auftrag gegeben, die Geschichte des eigenen Hauses mit Schwerpunkt auf den Jahren 1933 bis 1945 zu untersuchen.

Das baden-württembergische Forschungsprojekt teilt mit diesen Vorhaben einige allgemeine verwaltungsgeschichtliche Fragestellungen, ist aber insofern singulär, als es erstmals die Ministerialbürokratie des „Dritten Reiches“ *auf der Ebene der Länder* untersucht. Das Projekt konzentriert sich bewusst nicht auf das Auszählen von NS-Mitgliedschaften in Ministerien und die Verfolgung von Karrierewegen in die Bundesrepublik. Stattdessen wird der Blick auf bürokratischen Abläufe,

---

\*) Der Überschreitung der Drei-Wochen-Frist wurde zugestimmt.

Leitbilder des Beamtentums im NS-Staat sowie Einstellungsmuster gerichtet. Die Forscherinnen und Forscher legten dadurch administrative Routinen und bürokratische Handlungsmuster frei.

*3. wer das Projekt zur Beforschung der NS-Vergangenheit der badischen und württembergischen Landesministerien bearbeitet hat;*

Die Durchführung des Projekts liegt in den Händen einer Kommission, die aus sechs Historikerinnen und Historikern besteht. Den gemeinsamen Vorsitz der Kommission führen Prof. Dr. Wolfram Pyta (Stuttgart) und Prof. Dr. Edgar Wolfrum (Heidelberg). Die weiteren Mitglieder sind: Prof. Dr. Frank Engehausen (Heidelberg, Projektkoordinator), Prof. Dr. Christiane Kuller (Erfurt), Prof. Dr. Sylvia Paletschek (Freiburg) und Prof. Dr. Joachim Scholtyseck (Bonn).

*4. ob dabei Forschungsmethoden aus dem Bereich der „public history“ zum Einsatz kamen, und wenn ja, in welcher Weise diese zum Erfolg des Projekts beigetragen haben;*

Neben den üblichen Formen projektbezogener Öffentlichkeitsarbeit (Eröffnungsveranstaltung, Workshops, wissenschaftliche Fachkonferenzen, Poster-Ausstellungen) werden gezielt moderne Instrumente der „Public History“ eingesetzt, um eine hohe Transparenz der Projektarbeiten zu gewährleisten, die innerwissenschaftliche Kommunikation zu erleichtern und Hinweise auf in Privathand befindliche Quellen zu sammeln. Die Zentralinstrumente hierfür sind das Projektonlineportal (<http://ns-ministerien-bw.de>) und eine ihr angebundene App. Als Kommunikationsmittel waren die „Public History“-Maßnahmen in hohem Maße erfolgreich. Den wissenschaftlichen Ertrag haben sie insofern begünstigt, als mehrere Hinweise auf relevante Quellenbestände aus Privathand über das Projektonlineportal gegeben wurden.

*5. wie weit nach ihrem Kenntnisstand französische Quellenbestände in die Forschung eingeflossen sind;*

In größerem Umfang sind französische Quellenbestände sowohl Straßburger als auch Pariser Provenienz in den Teil des Forschungsprojekts eingeflossen, der die Zivilverwaltung im besetzten Elsaß von 1940 bis 1944, an der badische Ministerialbeamte maßgeblich beteiligt waren, untersucht.

*6. was die zentralen Ergebnisse des Forschungsprojekts sind;*

Die Ergebnisse des Forschungsprojekts lassen sich in fünf zentralen Punkten zusammenfassen:

- a) Die von der NS-Führung insbesondere 1934 forcierte Verwaltungszentralisierung führte zwar zur Abwicklung der Landesjustizministerien und zu Kompetenzeinbußen der übrigen Landesministerien, aber nicht zu deren Marginalisierung. Vielmehr konnten sich die einzelnen Ressorts, zumal die „Verreichlichung“ vielfach nur auf dem Papier Bestand hatte, beträchtliche politische Einflussmöglichkeiten erhalten und teilweise auch neue hinzugewinnen.
- b) Sowohl auf badischer als auch auf württembergischer Seite wurden spezifische Landesidentitäten von den Leitungen der Landesministerien nur ins Feld geführt, um Ressourcen zu bewahren oder Ansprüche des Reiches beziehungsweise benachbarter Länder zurückzuweisen. Regionale Sonderentwicklungen, die etwa unter Berufung auf die liberalen Traditionen der beiden Länder zu einer weniger repressiven Verwaltungspraxis als andernorts geführt hätten, lassen sich nicht generell feststellen.
- c) Die Landesministerien waren ein integraler Bestandteil des nationalsozialistischen Repressionssystems. Sie waren an den rassistischen und politischen „Säuberungen“ des öffentlichen Dienstes ebenso beteiligt wie an der Umsetzung des eskalierenden Antisemitismus und am Vollzug des „rassehygienischen“ und „erbgeneheitspolitischen“ Programms der Nationalsozialisten. Die badischen Landesministerien erwiesen sich zudem als Stützpfiler der Zivilverwaltung im von 1940 bis 1944 besetzten Elsaß.

- d) Um die Funktionstüchtigkeit der Ministerialbürokratie im Sinne der Diktatur herzustellen, bedurfte es 1933 keines weitgreifenden Verwaltungselitentausches. Die Eingriffe der neuen Landesminister in den Personalbestand blieben punktuell; dessen politische Neuausrichtung erfolgte vielmehr durch eine sehr weitgehende Selbstgleichschaltung der Beamtenschaft. Bis zum Beginn des Weltkriegs erwarb die große Mehrheit der badischen und württembergischen Ministerialbeamten die NSDAP-Mitgliedschaft.
- e) Das Kriegsende stellte für die südwestdeutsche Ministerialbürokratie nur mit Blick auf die äußeren Faktoren der alliierten Besatzungsherrschaft und der Neuformierung der Länder eine gravierende Zäsur dar. Im Personalbestand ist dagegen eine sehr weitgehende Kontinuität festzustellen. Die Rückkehr in den öffentlichen Dienst gelang Beamten mit sehr unterschiedlichen Graden von NS-Belastung. Ausgeschlossen von der Reintegration blieben lediglich die ehemaligen Landesminister und einzelne Altparteigenossen der NSDAP, die 1933 als politische Seiteneinsteiger in die Ministerialbürokratie gelangt waren.
7. *ob eine mögliche Kontinuität von Handlungsprinzipien und Selbstverständnissen der badischen bzw. württembergischen Ministerien aus der Zeit des Nationalsozialismus in das heutige Baden-Württemberg hinein Thema des Forschungsprojekts war;*

Da der Hauptfokus des Forschungsprojekts auf die Zeit des Nationalsozialismus selbst gerichtet ist, lassen sich generalisierende Aussagen über eine mögliche Kontinuität von Handlungsprinzipien und Selbstverständnissen von Ministerialbeamten in das heutige Baden-Württemberg hinein ebenso wenig treffen wie über das genaue Ausmaß der personellen NS-Belastung in den Landesministerien etwa der 1950er oder 1960er Jahre. Allerdings ergeben die vorgenommenen Recherchen zu den weiteren Berufswegen der Ministerialbeamten in der Nachkriegszeit deutliche Belege für eine rasche und umfassende Reintegration NS-Belasteter in den öffentlichen Dienst Baden-Württembergs und seiner Vorgängerländer. Welche Mechanismen in diesem bereits 1946 begonnenen Reintegrationsprozess wirksam waren und ob dieser auch einen Mentalitätswandel der Betroffenen bewirkte, lässt sich auf der Grundlage der im Projekt durchgeführten Forschungen nicht beantworten.

8. *in welcher Form die Ergebnisse des Forschungsprojekts der allgemeinen bzw. der wissenschaftlichen Öffentlichkeit – auch über die Projektwebsite hinaus – zugänglich gemacht werden;*

Die Ergebnisse des Forschungsprojekts werden der Öffentlichkeit vor allem in Gestalt zweier 2018 erscheinender Sammelbände zugänglich gemacht. Teilaspekte der Forschungen (deutsch-französische Besatzungsbeziehungen im 20. Jahrhundert bzw. NS-Rektoren der badischen und württembergischen Universitäten und Technischen Hochschulen) werden in zwei ebenfalls 2018 erscheinenden Tagungsbänden veröffentlicht. Weit über die wissenschaftliche Öffentlichkeit hinaus zielt ein in Zusammenarbeit mit der Landeszentrale für politische Bildung erstelltes Materialienheft, das mit der nationalsozialistischen Machtübernahme in Baden 1933 ebenfalls einen Teilaspekt des Forschungsprojekts vertieft. Das im September/Oktober 2017 erscheinende Materialienheft zielt auf die Gedenkstättenpädagogik und den Einsatz im Schulunterricht. Es ergänzt damit die bereits auf dem Projektonlineportal zur Verfügung stehenden Unterrichtsmaterialien, die in Kooperation mit Lehrerinnen und Lehrern erstellt wurden.

Während des Projektes haben Schulen im Rahmen von Schulkooperationen Einblicke in die aktuelle Forschung gewinnen können, deren Abschluss eine Schülerkonferenz im Herbst 2016 bildete. Hier wurden die Ergebnisse der eigenen historischen Arbeiten der Schülerinnen und Schüler öffentlich vorgestellt.

Die Posterausstellung „Geschichte der Landesministerien in der Zeit des Nationalsozialismus“ wurde in verschiedenen Ministerien gezeigt und vermittelte einen Überblick über die Projektinhalte und -akteure.

Darüber hinaus wird auch hier auf die weiteren Public-History-Maßnahmen (u. a. App und Blog) hingewiesen, die einen engen Dialog zwischen interessierten Bürgerinnen und Bürgern und den historisch arbeitenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern ermöglicht haben.

*9. ob eine Fortführung der Forschungen geplant ist;*

Die wichtigen Ergebnisse dieses Projekts haben neue, weiterführende Fragen aufgezeigt.

So liegt es aus wissenschaftlicher Sicht nahe, die unmittelbare Nachkriegszeit zu fokussieren und den erwähnten Reintegrationsprozess näher zu untersuchen, z. B. die Personalpolitik im öffentlichen Dienst und die Entnazifizierung. Auch wäre es interessant, als Komplementärstück zur Reintegration die temporäre Ausgrenzung der Nationalsozialisten in Gestalt der Internierungshaft, die im Südwesten immerhin mehrere Zehntausend Personen betraf, zu erforschen.

Die Landesregierung steht einem möglichen Anschlussprojekt sehr offen gegenüber und bleibt hierzu mit den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern im engen Austausch. Ein solches Projekt, für das die erforderliche Finanzierung noch zu klären wäre, könnte sich nach Abschluss der Erstellung der Tagungs- und Sammelbände anschließen.

*10. ob sie aus dem Projekt Schlüsse zieht, die für die Organisation und Arbeitsweise der Landesministerien sowie für die Ausbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesministerien heute relevant sind;*

Die Forschungsergebnisse sind aus wissenschaftlicher als auch aus gesellschaftlicher Sicht hoch aktuell. Die Erforschung der Ministerien und ihrer Rolle in der NS-Zeit ist ein zentraler Beitrag zur Entwicklung der Landesidentität und zur politischen Bildung. Insbesondere mit dem Public-History-Anspruch entfaltet das Projekt seine sensibilisierende und diskursive Wirkung vor allem mit Blick auf die Zukunft. Ein bewusster, wahrhaftiger, verantwortungsvoller Umgang mit der Vergangenheit des Landes und seiner Institutionen in der Diktatur ist daher von zentraler Bedeutung für die Landesministerien und seine Bediensteten. Die Landesverwaltung benötigt Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich der geschichtlichen Verantwortung bewusst sind. Die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit und das Wissen um die Forschungsergebnisse kann sie vor allem auch darin bestärken, sich weiter für eine starke Demokratie und die freiheitlichen Werte unserer Verfassung einzusetzen. Diese Werte auch in der Ausbildung zu vermitteln ist auch in Zukunft von tragender Bedeutung.

*11. welche Bedeutung der politischen Bildungsarbeit und der Gedenkstättenarbeit vor dem Hintergrund der Projektergebnisse zukommt.*

Hierzu hat die Landezentrale für politische Bildung wie folgt Stellung genommen: In enger Zusammenarbeit mit dem Projektkoordinator Prof. Dr. Frank Engehausen hat der Fachbereich Gedenkstättenarbeit der Landezentrale für politische Bildung Baden-Württemberg ein Materialienheft erarbeitet. Unter dem Titel „Baden 1933. Die nationalsozialistische Machtübernahme im Spannungsfeld von Landes- und Reichspolitik“ bündelt die Publikation die Ergebnisse des Forschungsprojekts für Baden. Sie wird als Lese- und Arbeitsheft in der Reihe MATERIALIEN im September/Oktober 2017 in einer Printausgabe veröffentlicht und als Downloadausgabe zur Verfügung stehen.

Mit den MATERIALIEN kommt die Landezentrale für politische Bildung der Aufforderung der Bildungspläne nach, Angebote mit regionalem Bezug an außerschulischen und für außerschulische Lernorte zu entwickeln. Die Hefte lassen sich in der Bildungsarbeit im Schulunterricht, in der Jugendarbeit und an Gedenkstätten einsetzen.

Das Materialienheft „Baden 1933“ zeichnet die Abläufe der „Verreichlichung“ aus der Perspektive des Landes Baden nach. Deutlich werden das komplexe Wechselspiel von Akteuren unterschiedlicher Ebenen sowie das dynamische Zusammenwirken von Gleichschaltung und Selbstgleichschaltung vor Ort. Angesichts der im Rückblick so unvorstellbar raschen Zerstörung der Weimarer Demokratie regt das Materialienheft darüber hinaus zur kritischen Reflexion über Bedrohungssituationen für die Demokratie an.

Für die historisch-politische Bildungsarbeit geben die didaktisch aufbereiteten Erkenntnisse und Materialien, die auf den Forschungsergebnissen zur Machtübernahme in Baden basieren, wichtige Impulse. Die historischen Abläufe werden mit der Topografie der badischen Landeshauptstadt Karlsruhe in Bezug gesetzt – auch unter Verweis auf die Angebote der Erinnerungsstätte Ständehaus, des Projekts Lernort Zivilcourage & Widerstand Kislau und weiterer Erinnerungsprojekte wie etwa das Internetangebot *www.ns-in-ka.de*, das vom Stadtarchiv Karlsruhe gemeinsam mit dem Stadtjugendausschuss Karlsruhe realisiert worden ist.

Bauer

Ministerin für Wissenschaft,  
Forschung und Kunst